



Bothel, 01.09.2019

Presseerklärung zu den Vorwürfen bezüglich des Auslandprojektes Maramures/Rumänien

In den Medien wird bundesweit über Ermittlungen der rumänischen Staatsanwaltschaft gegen das Auslandsprojekt Maramures unserer Kooperationspartners B.S. berichtet. Dieses Auslandsprojekt läuft unter der Trägerschaft der Kinder-und Jugendhilfe Wildfang GmbH, die Mitglied im Arbeitskreis der Auslandsprojekte in Niedersächsischen Jugendhilfeeinrichtungen (AKA) ist.

Auch erst aus den deutschen Medien haben wir über die Vorwürfe rumänischer Behörden gegen das Auslandsprojekt erfahren. Bis heute sind keine rumänischen Behörden an uns als Träger herantreten, um uns mitzuteilen, um welche Vorwürfe es sich konkret im Einzelnen handelt. Über die ebenfalls beschuldigte Ehefrau von B.S. konnten wir erfahren, dass die rumänische Staatsanwaltschaft den Vorwurf der „Bildung einer kriminellen Organisation zum Handel mit Minderjährigen“ prüft.

Dieser Vorwurf ist nach unserer Einschätzung haltlos, da eine Unterbringung im Auslandsprojekt sich lediglich auf Initiative deutscher Jugendämter entwickelt. Auch muss eine Unterbringung deutscher Kinder in Rumänien über das Bundesamt für Justiz in Bonn im sog. Konsultationsverfahren von rumänischen Behörden gestattet werden. Der Antrag ist durch das entsendende Jugendamt zu stellen. In dem Zusammenhang ist das Projekt in Maramures mehrfach durch die rumänischen Kinderschutz-Behörden ohne negative Ergebnisse überprüft worden.

Die Jugendlichen werden ordnungsgemäß bei allen relevanten Behörden in Rumänien angemeldet: deutsches Konsulat, rumänische Kinderschutzbehörde, Ausländerbehörden.

Das Projekt selbst wird durch kontinuierliche Besuche/Beratungen/ Supervisionen aus Deutschland begleitet. Fallführende Jugendämter und auch Eltern/Sorgeberechtigte sind zur Überprüfung der Arbeit im Zusammenhang mit Hilfeplangesprächen in Maramures gewesen.

Dabei konnten sie sich einen authentischen Eindruck über die Betreuungsbedingungen und die Befindlichkeit der Jugendlichen verschaffen.

Im Verlauf der Ermittlungen wurden vier Jugendliche durch die rumänischen Behörden in Obhut genommen. Zu diesen wird uns und der Vertretung der Bundesrepublik Deutschland

der Kontakt bisher verweigert. Auch wurde den Vertretern eines fallführenden deutschen Jugendamtes, die zur Klärung nach Rumänien angereist waren, keine Besuchserlaubnis erteilt.

Zur Abwendung möglicher negativer Folgen der noch im Projekt betreuten Jugendlichen haben wir Mitarbeiter dorthin entsendet.

Wir stehen im engen Kontakt mit den entsendenden Jugendämtern der in Maramures untergebrachten Jugendlichen. Diese haben sich zu einem Teil entschieden, „ihre“ Jugendliche (ggf. auch gegen deren Wunsch) nach Deutschland zurückkehren zu lassen; zu einem anderen Teil unterstützen sie weiterhin das Projekt und wünschen den Verbleib ihrer Klientel.

Die in den Medien zitierten weitergehenden Vorwürfe in Hinblick auf vermeintliche „Sklavenarbeit“, „Nahrungsentzug“ und „Isolation“ wurden uns ebenfalls nicht offiziell mitgeteilt; auch sind uns dahingehende Äußerungen von den Jugendlichen nicht an uns herangetragen worden.

Gleichwohl nehmen wir diese Anschuldigungen ernst und gehen ihnen weiter nach.

Dirk Precht
Heimleiter